

Jede vierte Autofahrt verboten

heiner vischer, Basel

LDP-Grossrat und Uvek-Mitglied; er sieht die Ablehnung von Städteinitiative und Gegenvorschlag als Gebot der Vernunft.

Die Städteinitiative und der Gegenvorschlag haben beide zum Ziel, motorisierten Individualverkehr in den nächsten zehn Jahren massiv zu reduzieren – zum Schaden aller Verkehrsteilnehmer. Obwohl es begrüssenswert ist, dass in Basel-Stadt der öffentliche sowie der Velo- und der Fussgängerverkehr weiter gefördert und ausgebaut werden, müssen die flankierenden Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in realistischem und realisierbarem Rahmen erfolgen. Zugleich nimmt nämlich der Autoverkehr auf dem Basler Strassennetz ab – nicht zuletzt dank der Nordtangente. Im Vergleich mit anderen Städten und Kantonen bewährt sich bei uns das Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger.

Radikal. Die radikale Städteinitiative geht hingegen in die falsche Richtung und führt ins verkehrspolitische Abseits. Die Initiative fordert eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs um zehn Prozent innert zehn Jahren. Dessen Anteil von heute 40 Prozent müsste entsprechend auf 30 Prozent sinken, was einer Reduktion um ein Viertel gleichkäme: Jede vierte Autofahrt würde also bis 2020 verboten werden. Bezieht man zudem die Verkehrsprognosen für die nächsten 20 Jahre mit ein (Hochleistungsstrassen plus 44 Prozent; übriges Strassennetz plus zehn Prozent), müsste die Reduktion noch höher ausfallen.

Auch könnten keine Hochleistungsstrassen, die die Quartiere bekanntermassen entlasten, mehr gebaut oder ausgebaut werden, da Mehrverkehr in Quartieren kompensiert werden müsste. Im Prinzip verlangt der Gegenvorschlag das Gleiche, schliesst freilich Hochleistungsstrassen für die nächsten zehn Jahre aus. Da aber eine mögliche Untertunnelung der Osttangente und Unterquerung des Gundeldingerquartiers erst nach diesem Zeitraum geplant sind, fallen die Auswirkungen gleich wie bei der Initiative aus.

Realitätsfremd. Die Forderungen der Initiative und des Gegenvorschlags sind realitätsfremd und würden sich nur mit drakonischen Massnahmen wie Roadpricing, Sperrungen oder Fahrverbot für bestimmte Fahrzeuge an bestimmten Tagen umsetzen lassen. Der Regierungsrat hat daher der Städteinitiative im Grossen Rat auch eine klare Abfuhr erteilt.

Städteinitiative und Gegenvorschlag würden massive Einbussen der Lebensqualität bringen: Ständige Staus wären die Folge. Autofahrende, aber auch die Bevölkerung zu Fuss,

im öffentlichen Verkehr oder auf dem Velo würden unter dem drohenden Verkehrskollaps leiden. Erreichbarkeit der Firmen und Geschäftszentren wäre reduziert, der Wirtschaftsstandort Basel geschwächt. Weiterer Ausbau staatlicher Stellen wäre nötig, um exakte Verkehrszahlen bei der Umsetzung der Massnahmen kontrollieren zu können. Deshalb sind Initiative und Gegenvorschlag abzulehnen.

Der Regierungsrat von Basel-Stadt hat der Städteinitiative im Grossen Rat eine klare Abfuhr erteilt.